

Nachrichten

Einsatz gegen «Digiflux» hat sich gelohnt

Der Ständerat hat am 18. Juni zwei Vorstösse zur Einschränkung von Digiflux gutgeheissen. Es sind die parlamentarische Initiative von Ständerat Jakob Stark (SVP, TG) als auch die Kantonsinitiative von Bern. Die IG BauernUnternehmen sieht darin einen Erfolg in ihrem Einsatz gegen Digiflux und hofft, dass der Nationalrat in der Herbst-session nachzieht. Die IG kritisiert an Digiflux den Aufwand, hohe Kosten, Datenschutzbedenken, den Verlust der Datensouveränität sowie die mangelnde Praxistauglichkeit. Grundsätzlich stelle die IG die Analyse der Anwendungswege von Pflanzenschutzmitteln nicht infrage, fordere aber eine Umsetzung ohne zusätzliche Belastungen für die Landwirtschaft. jzb

Finanzkontrolle rügt Bundesrat

Ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle kritisiert die Abstimmungserläuterungen des Bundes. Wie «20 Minuten» berichtet, seien Prognosen zu Kosten, Nutzen und Unsicherheiten bei mehreren Vorlagen unvollständig oder ungenau gewesen. Für die Landwirtschaft besonders relevant ist die Kritik an der Massentierhaltungsinitiative: Im Abstimmungsbüchlein wurden jährliche Umbaukosten von bis zu 1,1 Milliarden Franken genannt, ohne zu erwähnen, dass diese erst in den letzten fünf Jahren der 25-jährigen Übergangsfrist angefallen wären. Auch der geschätzte Nutzen einer höheren Biodiversität wurde nicht erwähnt. Der Bundesrat kündigt Verbesserungen diesbezüglich an. jzb

EU-Zuckerbranche schlägt Alarm

Die europäische Zuckerwirtschaft warnt vor einem zollfreien Marktzugang für thailändischen Zucker im Rahmen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Thailand. Jede importierte Tonne verdränge nachhaltig produzierten europäischen Rübenzucker, so die Wirtschaftliche Vereinigung Zucker. Zudem dürften thailändische Produzenten laut den EU-Dachverbänden 133 Pflanzenschutzwirkstoffe einsetzen, die in der EU verboten sind. Die EU-Kommission äussert sich derzeit nicht zu den Verhandlungen. jzb

«Unverschämtheit auf dem Schweinemarkt»

Das Bäuerliche Zentrum Schweiz (BZS) hat eine Medienmitteilung zum Schweinemarkt verfasst. «Die Senkung der Schweinepreise auf Fr. 2.50 durch eine Grossmetzgerei grenzt an Unverschämtheit, trotz Überproduktion. Besonders stark trifft es wieder die bäuerlichen Schweinemäster. Will man diese letztlich einfach vergrämen und zur Aufgabe drängen?» Das BZS betont, dass gerade die bäuerlichen Mäster eine nachhaltige Tierhaltung und Produktion verfolgen. Die grossen Leistungen der Bauernfamilien zählten für den Handel nichts, trotz gegenteiliger Beteuerungen. «Wir fordern, dass die Schweinepreise wieder um einen Franken angehoben werden. Die Mahnwache bei Mondélez in Brünnen BE hat gezeigt, wie schnell die Bauern zu einer Aktion bereit sind.» sal



Franziska Herren (l.), Initiantin der Ernährungsinitiative, und ETH-Agronomin Regula Züger erläuterten an der Medienkonferenz zusammen mit fünf weiteren Leuten die Ziele der Vorlage. BILD: ADRIAN HALDIMANN

Herren und Mitstreiter starten Abstimmungskampf

Ernährungsinitiative Mit scharfer Kritik an der Agrarpolitik haben die Initianten des Volksbegehrens «Für eine sichere Ernährung» die Abstimmungskampagne eröffnet.

Adrian Haldimann

«Wir leben in einer unsicheren Welt. Importe können durch Kriege, Handelskonflikte oder extreme Wetterereignisse sehr plötzlich wegfallen.» Mit diesem Appell eröffnete Initiantin Franziska Herren am Donnerstag in Bern den Abstimmungskampf zur Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung».

Im Zentrum der Ernährungsinitiative stehen ein Netto-Selbstversorgungsgrad von 70%, eine stärkere Förderung pflanzlicher Lebensmittel sowie der Schutz von Boden und Trinkwasser.

Herren droht mit Abstimmungsbeschwerde

An der Medienkonferenz zum Start der Abstimmungskampagne – über die Vorlage entscheidet das Stimmvolk am 27. September 2026 – prägten insbesondere landwirtschaftliche Vertreter die Diskussion.

Die Schweiz habe keine ausreichende Strategie, um Wasserversorgung und Ernährungssicherheit langfristig abzusichern, sagte Herren, die vor fünf Jahren bereits die Trinkwasserinitiative vors Volk gebracht hatte. Heute sei die Versorgung stark von Importen abhängig. Herren verwies auf Bundesrat Guy Parmelin, der gesagt habe, bei Problemen an den Grenzen habe die Schweiz «jeden zweiten Tag nichts zu essen», weil sie importiere. Dabei verlange Artikel 102 der Bundesverfassung, dass die Ernährung der Bevölkerung in Krisen- und Mangellagen innert eines Jahres aus eigener Produktion sichergestellt werden könne. In den öffentlichen Debatten zur Ernährungsinitiative werde dieser Verfassungsauftrag bewusst ignoriert. Das von der Initiative geforderte Ziel eines Selbstversorgungsgrads von 70% werde von Bundesrat und Parlament als «unrealistisch» oder gar «uto-

pisch» bezeichnet. Das wolle sie nicht auf sich sitzen lassen: «Wir bereiten deshalb eine Abstimmungsbeschwerde vor.»

«Initiative von Bauern für Bauern»

Biobäuerin Gertrud Häseli aus Wittnau AG forderte, Ackerland vermehrt für Lebensmittel statt für Futtermittel zu nutzen. Märkte für mehr pflanzliche Lebensmittel aus der Schweiz seien vorhanden, sagte sie. Heute stamme nur rund ein Drittel der pflanzlichen Lebensmittel, welche die Bevölkerung konsumiere, aus dem Inland. Eine stärkere Förderung pflanzlicher Lebensmittel eröffne den Bauern neue Marktchancen und mehr Produktionssicherheit.

Regula Züger, ETH-Agronomin und Mitglied der Betriebsleitung des Glück-Hofs in Baden AG, sprach von einem teuren und ineffizienten «Umweg über das Tier». Von den jährlich 3,6 Mil-

liarden Franken Agrarsubventionen flossen gemäss den Initianten rund 2,7 Milliarden Franken in die Tierproduktion. Die Initiative sei jedoch keine Vorlage gegen Tiere oder für eine vegane Landwirtschaft. Vielmehr gehe es um einen «klaren Flächensinn»: Grasland für Wiederkäuer, Ackerland für pflanzliche Nahrungsmittel.

David Jacobsen, Co-Schulleiter der Biodynamischen Ausbildung Schweiz und ehemaliger Mit-Betriebsleiter des Guts Rheinau, bezeichnete die Vorlage als «Initiative von Bauern für Bauern». Vielseitige Betriebe mit Ackerbau für die menschliche Ernährung und grünlandbasierter Viehhaltung seien bereits heute Realität. Die Initiative wolle solche Modelle stärken. Es könne nicht sein, dass Schweizer Brotgetreide im Futtertrog lande, während Backwaren teilweise aus importiertem Mehl hergestellt würden.

Neben der Landwirtschaft stand auch das Trinkwasser im Zentrum. So verlange die Initiative die Einhaltung der Höchstwerte für Stickstoff und Phosphor, sagte Wasserwissenschaftler Klaus Lanz.

«Vielleicht sind wir einfach zu früh»

In der Fragerunde wurde die fehlende Unterstützung der Parteien thematisiert. Herren räumte ein, dass dies eine schwierige Ausgangslage sei. Roman Wiget, Co-Präsident des Trinkwasserverbands AWBR, sprach von einer blockierten Ernährungspolitik auf Bundesebene. «Die Geld- und Gütle-Koalition ist sehr mächtig. Deshalb braucht es den Volkswillen.»

Auch die Frage, ob eine geringere inländische Tierproduktion zu mehr Fleischimporten führen würde, kam zur Sprache. Züger hielt dagegen, schon heute werde ein grosser Teil der tierischen Produktion indirekt über Futtermittel importiert. Würden Tiere stärker dort gehalten, wo das Futter wachse, und weniger Kraftfutter eingeführt, säne die Importabhängigkeit insgesamt. Herren ergänzte, die Initiative wolle den Konsum pflanzlicher Proteine fördern, damit weniger tierische Lebensmittel importiert oder produziert werden müssten.

Eine Frage des «Schweizer Bauer» zielte auf den Vorwurf ab, die Initiative komme einem Ernährungsdiktat gleich. Der steigende Konsum von Pouletfleisch und Eiern zeige schliesslich einen gegenteiligen Trend. Herren wies dies zurück. Es gehe nicht darum, den Menschen vorzuschreiben, was sie essen müssten, sondern um Ernährungssicherheit. Der Staat fördere die tierische Produktion heute mit Milliardenbeträgen. Die Bevölkerung müsse ehrlich darüber informiert werden, dass sich der heutige Fleischkonsum mit der inländischen Produktion nicht decken lasse.

Abschliessend zeigte sich Biobäuerin Gertrud Häseli überzeugt, dass die Initiative ihrer Zeit voraus sei. «Wir haben nichts falsch gemacht – wir sind einfach zu früh», sagte sie. «Ich bin überzeugt, dass meine Grosskinder einmal sagen werden: Wir sind stolz, dass die Grossmutter dabei war, weil sie recht hatte.»

Berggebietsvertreter sagen Nein zur Initiative

Abstimmung Dass sich die Ernährungsinitiative zur graslandbasierten Milch- und Fleischproduktion bekennt, ist für die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete kein Argument. Sie lehnt das Vorhaben klar ab.

Das Emmental zählt auch zum Berggebiet, nicht nur das Berner Oberland oder das Wallis. Darum hielt die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB) ihre zweitägige Vorstandssitzung in Langnau im Emmental ab. Die Organisation oblag der Vizepräsidentin: Nationalrätin Christine Badertscher (Grüne, BE). Sie wuchs in Zollbrück BE auf und ist Heimweg-Emmentalerin. Das Emmental verliess sie seinerzeit, weil ihre Eltern auf den Bauernhof von Biofarm-Gründer Werner Scheidegger in Madiswil BE umzogen.

Für die SAB ein klarer Fall

Der SAB-Vorstand fasste in Langnau die Nein-Parole zur Ernährungsinitiative von Franziska Herren. Die Parole wurde an einer Medienkonferenz mit Badertscher, SAB-Präsident und Nationalrat Pius Kaufmann (Mitte, LU)



Thomas Egger, Christine Badertscher, Pius Kaufmann (v.l.). BILD: SAL

und SAB-Geschäftsführer Thomas Egger vorgestellt. Laut Egger ist ein Nettoselbstversorgungsgrad von 70%, wie ihn die Initiative in die Verfassung schreiben will, völlig unrealistisch. Die Initiative wolle dieses Ziel durch eine Umstellung der Tierwirt-

schaft auf pflanzliche Produktion erhöhen. Die Tierhaltung sei aber gerade im Berggebiet und noch ausgeprägter auf den Alpweiden die wichtigste Produktionsform. Der «Schweizer Bauer» sprach die drei SAB-Vertreter auf den Umstand an, dass die Initianten

auf ihrer Website schreiben: «Aufgrund der Topografie sind zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Wiesen, Weide- und Sömmerungsflächen. Dadurch ist die graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion in der Schweiz stark verankert. Diese Milch- und Fleischproduktion ist ein fester und wichtiger Bestandteil der Ernährungssicherheit der Schweizer Bevölkerung.» Egger sagte, wenn Frau Herren das Berggebiet hätte ausnehmen wollen, hätte sie dies im Initiativtext tun können. Das Berggebiet würde auch unter indirekten Effekten leiden, so könnten etwa Sömmerungstiere aus dem Tal fehlen. Er erwähnte auch den Einkaufstourismus, der wachsen würde, was das Gewerbe überall trafe. Ausserdem sei unklar, wer neue Ackerfrüchte aus dem Berggebiete kaufen möchte. Daniel Salzmann

Neue Regionalpolitik

Thomas Egger, der langjährige Geschäftsführer der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), verfolgt alle Vernehmlassungen des Bundes mit Argusaugen. So ist ihm auch aufgefallen, dass der Bund im Rahmen der Standortförderung die Unterstützung von Projekten im Rahmen der «Neuen Regionalpolitik (NRP)» abschaffen will. Die Kantone sollen das allein bezahlen. Die SAB werde sich dagegen wehren, so Egger und Nationalrätin Christine Badertscher. Rund um den Tagungsort Langnau im Emmental hätten der Campus der SCL Tigers, das touristische Projekt «Perlenkette Emme» und die neuen Biketrails an der Marbachegg und der Ausbau der Bergkäserei Marbach von NRP-Geldern profitiert. sal